

## Wirtschaft und Politik

### sind sich einig:

- Die Menschen in Deutschland sollen mehr arbeiten
- 40 bis 42 Stunden sollen wieder zur Normalität gehören
- Feiertage stehen bereits „zum Abschluss frei“
- Die Urlaubstage sollen gekürzt werden
- Samstag sollen wieder „normale Arbeitstage“ werden
- Gearbeitet wird genau dann, wenn es das Unternehmen anordnet



## Die Position der WASG

Wir halten eine **Verkürzung der Arbeitszeiten** für einen unverzichtbaren Ansatz zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und zu einer leistungsgerechten Gestaltung der Arbeit. Die faktische Normalarbeitszeit in Deutschland ist bereits die 40-Stunden-Woche (IAT-Report 2003-7), aber das wird bewusst totgeschwiegen.

- Die Menschen brauchen einen **Bezug zu einer gesellschaftlichen Normalarbeitszeit**. Eine ausschließlich an den Absatzmärkten orientierte Flexibilisierung der Arbeitszeit macht eine strukturierte Alltags- und Lebensplanung unmöglich.
- Wir sind offen für eine flexiblere Gestaltung der Arbeitszeit, wenn sie zugleich **mehr Zeitsouveränität** für die Beschäftigten bringt. Tarifverträge schaffen dafür den rechtlichen Rahmen und einen Ausgleich unterschiedlicher Interessen.
- Die Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit setzt sich für eine rasche **Novellierung des Arbeitszeitgesetzes** ein.
- Die Ausweitung von Nacht- und Schichtarbeit stellt für die davon Betroffenen einen erheblichen Belastungsfaktor dar. Deshalb sind Maßnahmen zum **präventiven Gesundheitsschutz** erforderlich.

Der Altersaufbau der Gesellschaft führt schrittweise zu „**alternden Belegschaften**“. Hohe Leistungsstandards sind nicht über das ganze Arbeitsleben aufrecht zu erhalten.

- Die **Verlängerung der Lebensarbeitszeit** über 65 Jahre hinaus als verpflichtende Maßgabe für alle **lehnen wir ab**. Für Beschäftigte, die vorzeitig aus dem Erwerbsleben ausscheiden wollen, fordern wir die **Wiedereinführung des Altersteilzeitgesetzes**.

Arbeitszeitpolitik ist nicht zuletzt eine gesellschaftliche Gestaltungsaufgabe. In den skandinavischen Ländern kann man sehen, wie es unter sozialstaatlichen Bedingungen gelungen ist, eine **gleichberechtigte Teilnahme für alle Menschen** am Erwerbssystem zustande zu bringen:

- Durch **flächendeckende und ganztägige Betreuung** von Kleinkindern oder Schülern und Schülerinnen, aber auch durch ein **Steuer- und Sozialsystem**, das Erwerbsarbeit und nicht die »Hausfrauen-Ehe« fördert.

Darauf zielen auch unsere Vorschläge für die **Stärkung öffentlicher Investitionen** und unsere Forderungen nach Abschaffung des Ehegattensplittings ab.

**Gerechtere Arbeitsverteilung ist eine Alternative zur neoliberalen Politik!**